INFORMATIONSBLATT DER PARTEI DIE LINKE. FRANKFURT (ODER) | SPENDE AB 0,50 € | 28. APRIL 2023 | AUSGABE 02.2023

Der Rote Hahn

WWW.DIELINKE-FFO.DE FACEBOOK.COM/DIELINKEFFO INSTAGRAM.COM/DIELINKE_FRANKFURTODER

Der Ungleichheit den Kampf ansagen

Erstmals seit 25 Jahren nehmen extremer Reichtum und extreme Armut gleichzeitig zu. Während Energie- und Lebensmittelkonzerne 2022 ihre Gewinne mehr als verdoppelten, wissen viele Menschen mit mittlerem und niedrigem Einkommen oft nicht mehr, wie sie ihre alltäglichen Bedürfnisse decken sollen. Mit ihrer Kampagne „Jetzt wird umverteilt!“ sagt DIE LINKE dieser gravierenden Ungleichheit den Kampf an.

Sofortprogramm für Gerechtigkeit

„Menschen entlasten & in die Zukunft investieren – Ein Sofortprogramm für Umverteilung!“ ist ein Beschluss des Parteivorstandes der LINKEN vom Februar überschrieben. Die zentralen Forderungen des Sofortprogramms: Vermögenssteuer und echte Übergewinnsteuer einführen! Höhere Leistungen und einen automatischen Inflationsausgleich für Sozialleistungen! und Investitionsbooster statt Schuldenbremse!

Eine Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und die Einführung einer echten Übergewinnsteuer sind wichtige Voraussetzungen für die Umsetzung der beiden anderen Forderungen. Laut einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Dezember 2022 sprechen sich 73 Prozent der Befragten für die Einführung einer Vermögenssteuer und 85 Prozent für die Einführung einer Übergewinnsteuer aus. Angesichts zunehmender extremer Armut und zunehmenden extremen Reichtums kein Wunder.

Vom 2020 und 2021 in Deutschland erwirtschafteten Vermögenszuwachs, entfielen 81 Prozent auf das reichste 1-Prozent der Bevölkerung. 2022 haben 95 Lebensmittel- und Energiekonzerne ihre Gewinne mehr als verdoppelt. Laut Portal statista verfügten am 13. März dieses Jahres die 25 Reichsten in Deutschland zusammen über ein Vermögen von 330,5 Milliarden US-Dollar (308 Milliarden Euro). Der Reichste ist mit 42,9 Milliarden US-Dollar, Dieter Schwarz, der Eigentümer der Schwarzgruppe, zu der auch die drei Kauflandfilialen und die zwei LIDL-Filialen in Frankfurt (Oder) gehören. Mit 16,5 Milliarden US-Dollar steht Theo Albrecht Jr. & Familie auf Platz 6 der Rangliste. Albrecht & Familie ist Miteigentümer der Discounterkette Aldi Nord, die in Frankfurt (Oder) drei Filialen betreibt. Anderseits führt die Inflation dazu, dass viele Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen nicht mehr wissen, wie sie ihre Strom- und Gasrechnungen, Lebensmittel und Kleidung bezahlen sollen. Jeder fünfte Rentner über 65 Jahre ist in Deutschland von Altersarmut betroffen. Mit einer Vermögenssteuer und einer echten Übergewinnsteuer könnten Vermögen und Übergewinne abgeschöpft und die Einnahmen umverteilt werden.

Eine Vermögenssteuer gib es in Deutschland bereits seit 1893. Artikel 106 des Grundgesetztes der Bundesrepublik sieht eine solche ausdrücklich vor. Allerdings erklärte 1995 das Bundesverfassungs-

Friedenspolitik:
Zum Krieg in der Ukraine & Friedenspolitischer Aktionsplan der LINKEN
Seiten 6 & 7

Stadtpolitik:
Runder Tisch gegen Kinderarmut
Seite 9

Stadtpolitik:
Linksfraktion setzt sich für systematischen Ausbau von Solarstrom ein
Seite 9

Christian Görke vor Ort:
Drohendes Krankenhaussterben verhindern
Seite 11

gericht die damalige Form ihrer Erhebung als nicht Grundgesetzkonform. Worauf 1997 die damalige Bundesregierung entschied, die Vermögenssteuer nicht mehr zu erheben. Bei einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer ständen die Einnahmen laut Artikel 106 den Ländern zu. Angesichts der Finanzlage in den Kommunen, die ersten und wichtigsten Erfahrungsorte der Menschen, wenn es um funktionierende Daseinsvorsorge und damit Staatlichkeit geht, könnten die Einnahmen aus der Vermögenssteuer zur Tilgung der Altschulden der Kommunen und zu einer Verbesserung ihrer Finanzausstattung genutzt werden.

Mit einer Übergewinnsteuer sollen die Gewinne von Unternehmen abgeschöpft werden, welche über einen definierten „Normalwert“ hinausgehen. Mit dem Jahressteuergesetz 2022 hat die Ampel-Regierung im Artikel 40 die Einführung eines EU-Energiekrisenbeitrages für die Jahre 2022 und 2023 beschlossen. Damit unterliegen Gewinne von im Erdöl-, Erdgas-, Kohle- und Raffineriebereich tätigen Unternehmen und Betriebsstätten einem befristeten obligatorischen EU-Energiekrisenbeitrag. Die Einnahmen stehen dem Bund zu. Sie sind zweckgebunden zu verwenden, u.a. für gezielte finanzielle Unterstützungsmaßnahmen für Endkunden, insbesondere für schutzbedürftige Haushalte. Nun war am 16. März auf www.sueddeutsche.de unter der Überschrift „Habeck beendet Übergewinn-Abgabe – ohne Details zu kennen“ zu lesen: „Wirtschaftsminister Habeck will die Energiefirmen nicht länger zur Kasse bitten. Dabei weiß sein Ministerium gar nicht, was die Abschöpfung überhöhter Gewinne bisher eingebracht hat.“

Am 17. März kommentierte DIE LINKE dieses Vorhaben Habecks auf ihrem Telegramm-Kanal am so: „‘Zufallsgewinnsteuer‘ wird versenkt. Habeck knickt vor den Energiekonzernen ein.“ Und weiter: „Die ‚Zufallsgewinnsteuer‘ soll Ende Juni auslaufen. Niemand weiß, wieviel sie bisher eingebracht hat. Sie kam zu spät, gilt nicht rückwirkend und wurde massiv kleingerechnet.“ Dabei reiche es „nach Spanien zu blicken, um zu sehen, wie eine wirkliche Übergewinnsteuer auf Banken und Energiekonzerne aussehen muss. Dort hat die Linksregierung bisher 1,5 Milliarden Euro eingenommen – und finanziert damit kostenlosen ÖPNV. Für 2023 und 2024 werden Einnahmen von über 6 Milliarden Euro erwartet.“ Nicht nur mit Blick auf das Hick-Hack um die Einführung des 49-Euro-Tickets und dessen Finanzierung macht die Einführung einer richtigen Übergewinnsteuer Sinn. Deren Aufkommen könnte vom Bund auch für die Finanzierung der Kindergrundsicherung genutzt werden. Die Einführung einer solchen steht zwar im Koalitionsvertrag der Ampel, war aber beim 30-Stunden-Marathon des Koalitionsausschusses von SPD, Grünen und FDP im März kein Thema.

Jetzt wird umverteilt!

„Gesellschaften, in denen kapitalistische Produktionsweise dominiert, sind in ständiger Veränderung. Die ihnen innewohnende Ungleichheit ist dabei abhängig vom Stand der sozialen Kämpfe. Ohne starke soziale Bewegungen und Klassenkämpfe nimmt die Ungleichheit dramatische Ausmaße an.“

Mit ihrer Kampagne „Jetzt wird umverteilt!“ steht DIE LINKE auf der Seite solcher Organisationen wie OXFAM, deren Ziel es ist, weltweit Menschen zu mobilisieren, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden, und Kampagnen wie, die vom sozialistischen Magazin JACOBIN initiierte „Genug ist Genug!“ mit ihren sechs Forderungen gegen die Preiskrise. Und sie steht auch auf der Seite der Gewerkschaften, die die in 2023 laufenden Tarifverhandlungen angesichts der hohen Inflationsraten ganz im Zeichen der Kaufkraftsicherung führen und dabei auch zu dem Mittel des Arbeitskampfes greifen.

Mit der Kampagne „Jetzt wird umverteilt!“ soll Druck auf die Ampel aufgebaut werden, für eine Umverteilung von oben nach unten, von privat auf öffentlich. Dafür will DIE LINKE möglichst viele Menschen gewinnen und breite Bündnisse eingehen. Denn eins ist klar, ohne breite gesellschaftliche Mehrheiten wird es zu keiner Umverteilung kommen. Allein auf parlamentarischer Ebene wird eine solche nicht durchzusetzen sein. Umverteilung durchzusetzen gelingt nur, wenn eine gesellschaftliche Mehrheit dies will und auch dann nur im Zusammenspiel deutlich wahrnehmbarer außerparlamentarischer Aktionen mit parlamentarischen Aktionen. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes CIVEY zwischen dem 10. November 2022 und dem 04. Januar 2023 halten 69,7 Prozent der Befragten die Verteilung der Vermögen in Deutschland für nicht gerecht. 11,9 Prozent sind unentschieden. Auf die Frage „In Deutschland sollten Vermögen stärker umverteilt werden?“ antworteten 56,5 Prozent mit „Ja“. 12,2 Prozent sind unentschieden. Darum, liebe Leserin, lieber Leser, wenn sie nicht zu den 18,4 Prozent gehören, die die Vermögensverteilung in Deutschland für gerecht halten, unterstützen sie die Kampagne „Jetzt wird umverteilt!“

DIE LINKE. Frankfurt (Oder) wird sich am zentralen Start von „Jetzt wird umverteilt!“ am 1.Mai, dem Internationalen Kampftag der Arbeiter*innenklasse, beteiligen. Ihr Politzentrum auf dem traditionellen Brückenfest – in diesem Jahr auf dem Holzmarkt – wird unter dem Slogan stehen „Zeitenwende für soziale Gerechtigkeit statt Aufrüstung“. Mit Blick auf die Forderung nach einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer, deren Einnahmen den Ländern zusteht, ist eine Ideensammlung zum Thema: „Umverteilung: Dafür brauchen wir in Frankfurt (Oder) das Geld“ geplant. Diesem Auftakt werden dann in den nächsten Monaten weitere Aktionen folgen, so Steckaktionen, Infostände in den Stadtteilen und Haustürgespräche. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Unterstützung von Arbeitskämpfen vor Ort.

Michael Große

Materialien der Rosa-Luxemburg-Stfitung dazu:

Gedanken zum Tod von Hans Modrow

Die Lebensleistung von Hans Modrow politisch einzuordnen, das ist nicht mein Anspruch. Aus meiner politischen Erfahrung weiß ich, die Beurteilung durch die Geschichte und zu Personen der Zeitgeschichte, zu denen Hans Modrow gehört, das hängt von den jeweiligen Machtverhältnissen ab. Sie wird oft, dem Zeitgeist geschuldet, verfälscht. Ende 2022 habe ich Hans Modrow seiner Berliner Wohnung letztmalig besucht. Im Rückblick, bin ich über unseren Gedankenaustausch mit ihm dankbar und traurig zugleich. Sein sichtbar angegriffener Gesundheitszustand hinderte Hans Modrow nicht daran, mit seiner politischen, durch sein Leben geprägten Weitsicht, Gedanken zu aktuell politischen Ereignissen unserer Zeit mit mir auszutauschen. Ich habe bei Hans Modrow immer die Klarheit seiner Gedanken, die auf den Punkt gebrachte, sehr verständliche Sprache als bekennender Linker, bewundert. Das betraf den politischen Dialog unserer Gespräche, seine Reden und Aufsätze und seine Bücher.

Ganz besonders in meiner Erinnerung bleibt mir seine Bescheidenheit und sein Einfühlungsvermögen. Frankfurt (Oder), unserer Doppelstadt, war Hans Modrow immer sehr verbunden. Dabei besonders den Autoren der „Roten Feder“, die für nachkommende Generationen ihre Lebenserinnerungen aufschrieben und in Büchern veröffentlichten. Mehrmals war Hans Modrow ihr Gast und schrieb Vorworte für diese Editionen. Für mich unvergessen bleibt seine Freundschaft und Verbundenheit zu Kuba. Bei einem Gespräch auf der 28. Internationalen Buchmesse in Havanna 2019, wo ich von der Rosa Luxemburg Stiftung geförderter Gast war, sagte er mir: „Das ist meine 14. Reise nach Kuba“. Zur Vorstellung des Buches von fünf verschiedenen Autoren, wo Hans Modrow (s)ein Vorwort schrieb, reiste er aus Berlin mit der Bahn an, weil er es so wollte. Sicher hätte der Parteivorstand der Linken ihrem Vorsitzenden des Ältestenrates, einen Pkw zur Verfügung gestellt, wenn es Hans Modrow gewünscht hätte. An dem Tag hatte es unerwartet geschneit. Hans Modrow kam, in Erkner festsitzend, nicht weiter. Wie oft wir miteinander telefonierten, das kann ich nicht mehr sagen. Aber Hans Modrow schaffte es über Umwege, bei seinen „Roten Federn“ in Frankfurt (Oder) zu sein. Am Abend fuhr er dann mit Gabriele Oertel vom „nd“, die an der Lesung teilnahm und im „neues deutschland“ ausführlich berichtete, mit deren Auto nach Berlin zurück.

Ich werde das mit Hans Modrow Erlebte niemals vergessen, weil selbst kleine Erlebnisse von seiner menschlichen Größe Zeugnis ablegten.

Erik Rohrbach

Solidarität an erster Stelle

Hans Modrow im Gespräch mit Wolfgang Frotscher über Kuba während der Fiesta de Solidaridad 2018 in der Berliner Parkaue.
FOTO: CHRISTEL RADESKE

Der allseits bekannte und verehrte Hans Modrow wird für Kuba und die Solidaritätsorganisation Cuba sí unvergessen bleiben. Sein Herz schlug mit aller Kraft für die revolutionäre Karibikinsel. Er machte nie ein Hehl aus seiner für ihn selbstverständlichen und nie geleugneten oder gar angepassten Haltung zur Idee des Sozialismus. In einer Reihe persönlicher Begegnungen konnte ich das immer wieder erfahren, egal ob als Gast bei der Historischen Komission seiner Partei oder als aktiver Teilnehmer beim Friedensfest in Strausberg.

Sein großes Engagement wurde im Jahre 2019 ganz besonders gewürdigt: Er erhielt die Auszeichnung "Orden der Solidarität" der Republik Kuba. Die besondere Hochachtung wird vor allem dadurch hervorgehoben, dass diese Ehrung im José Martí Memorial durch das Mitglied des Sekretariats des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas und Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen, José Ramón Balaguer Cabrera, erfolgte.

Natürlich haben wir uns als Frankfurter sehr gefreut, als Hans Modrow im Sommer 2018 während der Fiesta de Solidaridad in der Berliner Parkaue die Gelegenheit zu einem Besuch bei uns nutzte und sich für unsere Kuba-Präsentation interessierte. Es kam zu einem angeregten und informativen Gedankenaustausch.

Wolfgang Frotscher

1. MAI UMVERTEILEN

Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten.

DIE LINKE.

Tarifverhandlungen sind Umverteilungskämpfe

Ende 2022 ist der Tarifvertrag für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst (Bund und Gemeinden) (TVöD), Ende Februar der Tarifvertrag für die Beschäftigten Deutschen Bahn AG ausgelaufen. Weitere Tarifverträge werden 2023 noch folgen.

„Angesichts der anhaltenden hohen Inflationsraten stehen die kommenden Tarifverhandlungen ganz im Zeichen der Kaufkraftsicherung“, so Thorsten Schulten vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der dem DGB nahestehenden Hans-Böckler-Stiftung. Laut einer Pressemitteilung fordert die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst (Bund und Gemeinden) 10,5 Prozent – mindestens jedoch 500 Euro pro Monat mehr, bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Für Auszubildende und Praktikant*innen 200 Euro pro Monat mehr. Die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) fordert für die Beschäftigten der Deutschen Bahn und in 50 Nichtbundeseigener Eisenbahnen laut einem Aushang #gemeinsammehr 12 Prozent mehr, mindestens aber 650 Euro mehr im Monat, bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Für Nachwuchskräfte werden 325 Euro mehr im Monat gefordert.

Letztendlich geht es den Gewerkschaften um eine Umverteilung. Im Öffentlichen Dienst um eine Umverteilung von Steuereinnahmen – für soziale Gerechtigkeit statt für Aufrüstung, in den Eisenbahnunternehmen um eine Umverteilung von deren Gewinnen. Und die Beschäftigten sind bereit dafür zu kämpfen. So folgten am 23. März laut MOZ „Hunderte Mitarbeiter der Stadtverwaltungen Frankfurt (Oder) und Eisenhüttenstadt“ dem Aufruf von ver.di zu einem Warnstreik am Stadthaus in der Goepelstraße. Vier Tage später, am 27. März legten „Mehr als 100.000 gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte“, so nd DIE WOCHE, bundesweit den Verkehr still. „Das erste Mal streikten dafür Mitglieder zweier Gewerkschaften, die in unterschiedlichen Tarifauseinandersetzungen stecken, gemeinsam und koordiniert“: ver.di und die EVG. Und die Zeitung verweist auf weitere Premieren: Am 3. März, an dem Beschäftigte des öffentlichen Nahverkehrs gemeinsam mit Jugendlichen von Fridays for Future für Lohnerhöhungen, aber auch Klimaschutz und eine echte Verkehrswende streikten. Am 8. März „rief ver.di gezielt die vorrangig weiblichen Beschäftigten des kommunalen Sozial- und Erziehungsdienstes, vor allem Kita-Erzieherinnen, in den TVöD-Warnstreik.“

Bei allen Beeinträchtigungen, die Warnstreiks oder Erzwingungsstreiks naturgemäß mit sich bringen – seien es geschlossene Kitas oder Behörden, ausfallende Nahverkehrszüge oder Flüge – den um höhere Einkommen kämpfenden Beschäftigten gehört unsere Solidarität. Und auch solchen gemeinsamen Kämpfen, wie die von ver.di und Fridays for Future. Ein Schwerpunkt der Kampagne „Jetzt wird umverteilt!“ ist die aktive Unterstützung der Kämpfe in Tarifauseinandersetzungen.

Michael Große

Für die Koalition wird es Zeit zu liefern

Die politischen Geschehnisse um die Jahreswende machen es immer sichtbarer, dass der Zusammenhalt der Parteien der regierenden Ampelkoalition fast ausschließlich auf die Einigkeit zur ökonomischen und militärischen Unterstützung der Ukraine, der Sanktionspolitik gegen Russland und der militärischen Aufrüstung beruht. Die zunehmende Unzufriedenheit der Menschen, die sich in Demonstrationen und Streiks sowie in Umfragen äußert, bewirkt, dass die Koalitionsparteien sich an ihre Wahlversprechen und den Koalitionsvertrag erinnern müssen. Das Bestreben sich öffentlich zu profilieren legt die Widersprüche im politischen Handeln offen. Besonders tritt das nach mehreren Niederlagen bei Landtagswahlen für die FDP zu. Grund genug, sich zu einer dreitägigen Klausur in das Schloss Meseberg zurück zu ziehen.

Laut Bundeskanzler Olaf Scholz ging es darum, sich auf der Grundlage des zu den in diesem Jahr von der Bundesregierung auf den Weg zu bringenden gesellschaftlichen Vorhaben zu verständigen. Nach Berichten der Medien standen die gravierenden Meinungsunterschiede in der Sozialpolitik, so die Finanzierung einer Kindergrundsicherung, sowie in der Klima- und Verkehrspolitik im Mittelpunkt.

Zum Abschluss der Klausur hob der Bundeskanzler vor der Presse die Einigkeit der Ampelkoalition zu „mehr Fortschritt, mehr Tempo, mehr Zuversicht“ hervor. Es erregt Aufsehen, dass der Bundesfinanzminister Christian Lindner wenige Tage nach der Klausur in der ARD bekannt gab, er habe den Bundeskanzler davon in Kenntnis gesetzt, dass der Termin für die Vorlage des Bundeshaushalts 2024 nicht eingehalten werden kann. Die schwarze Null muss eingehalten werden. Steuererhöhungen seien ausgeschlossen, da die deutsche Wirtschaft im Vergleich mit anderen Ländern die höchste Steuerbelastung hat. Mit den Ministerien wären noch schwierige Finanzierungsprobleme zu klären. Das Land stöhnt unter der Inflation, die auch im Februar bei 8,7 % lag. Der Einkauf kostet doppelt so viel wie noch vor wenigen Jahren. Für Gas, Strom, Benzin, Diesel dreht sich die Spirale nach oben. Es trifft die einfachen Leute, auch in Frankfurt (Oder). Es trifft Rentner, Arbeitslose, Niedriglöhner, Alleinerziehende, Studierende, Inhaber kleiner Gewerke. Es gibt Menschen, denen es schwer fällt, ihr tägliches Leben zu finanzieren. Es werden immer mehr.

Die Zahl der Überschuldeten wächst. In Frankfurt (Oder) liegt sie nahe 12 %, mit steigender Tendenz. Der Andrang an den ehrenamtlich betriebenen Tafeln, die immer weniger Spenden erhalten, nimmt zu. Bundesweit nehmen etwa 2 Millionen Menschen von 960 Tafeln Lebensmittelspenden in Anspruch. Unübersehbar sind die Probleme: teilweise desolate Zustände in der Pflege, im Gesundheitswesen und in der Bildung sowie die Unterfinanzierung der Kommunen, bis zur Schwelle ihrer Pflichtaufgaben. Dafür trägt die Bundesregierung mit ihrer Politik nach dem Prinzip: „Wer hat, dem wird gegeben“, die politische Verantwortung.

Das Vermögen in Deutschland, auch im Vergleich zu anderen Ländern der EU, ist extrem ungleich verteilt. Die reichsten 10 % der Bevölkerung verfügen über 67,3 %, die unteren 50 % besitzen 1,3 %. Letztendlich leben etwa 14 Millionen Menschen in Armut. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst immer weiter. Auf dem Höhepunkt der Corona-Krise stiegen die Großvermögen wie nie zuvor. Die hundert reichsten Familien hatten einen Vermögenszuwachs von 116 Milliarden Euro.

Natürlich ist dem Bundeskanzler und dem Bundesfinanzminister bewusst, dass es Alternativen zur Krisenpolitik der Ampelkoalition und für eine sozial gerechte Gesellschaft gibt. Alternativen, in der alle Menschen ein gutes Auskommen haben. So man dazu bereit wäre! Trotz aller Krisen flossen 2022 mehr als 283 Milliarden € Einnahmen aus der Mehrwertsteuer in den Bundeshaushalt. Bedingt durch die hohe Inflation, ein Zuwachs von 18 % zum Vorjahr, und zwar durch den Konsum der Bevölkerung. Ein Vorschlag der linken Bundestagsfraktion, die Mehrwertsteuer für Lebensmittel zeitweilig auszusetzen, lehnte die Bundesregierung ab. Die Bürger bezahlten die Krise. Viele schränkten sich beim Kauf von Obst und Gemüse ein.

Als eine Auswirkung der Sanktionspolitik sind die Preise für Öl und Gas stark gestiegen. Die großen Mineralölkonzerne erzielten Rekordgewinne. Es gibt Berechnungen, wonach die krisenbedingten Übergewinne bei Öl etwa 38 Milliarden, bei Gas 25 Milliarden und bei Strom etwa 50 Milliarden betragen. Doch der Vorschlag der linken Bundestagsfraktion zur Erhebung einer Übergewinnsteuer ist der Ampelkoalition keine Diskussion wert. Die Forderung der linken Bundestagsfraktion zur Einführung einer Vermögenssteuer und einer Erbschaftssteuer sowie der Erhöhung der Einkommenssteuer sind aktueller denn je.

Dr. Horst Dahlmann

Friedenspolitischer Aktionsplan der LINKEN

Der Parteivorstand hat auf seiner Sitzung am 21. März den Friedenspolitischen Aktionsplan beschlossen den Der Rote Hahn hier im vollen Wortlaut veröffentlicht:

DIE LINKE ist die Friedenspartei im Deutschen Bundestag – gerade im Angesicht des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine. Wir fordern den Stopp der Waffenlieferungen und den Rückzug russischer Truppen sowie eine Bestrafung aller Kriegsverbrechen. Aber wir stehen für zivile Alternativen und gegen die große Koalition der Aufrüstung und den militärischen Tunnelblick von Bundesregierung und NATO. Sie riskieren eine weitere Eskalation und liefern immer mehr Waffen für einen langen Abnutzungskrieg – davon profitieren vor allem die Rüstungskonzerne.

Wir setzen uns dagegen für eine Diplomatie-Offensive mit Ländern wie Brasilien und China, gezielte Sanktionen gegen Oligarchen und Militär und für Verhandlungen und einen Waffenstillstand ein. Dabei ist für uns immer klar, dass die Forderungen »Nie wieder Krieg« und »Nie wieder Faschismus« zusammengehören und wir klare Kante gegen die rechten Vereinnahmungsversuche von AfD, Querdenken bzw. Corona-Leugnern und anderen zeigen. Für uns gibt es keine Doppelstandards bei Menschen- und Völkerrecht. Die Souveränität der Ukraine ist für uns ebenso unverhandelbar wie wir die völkerrechtswidrigen Kriege von NATO-Verbündeten in Syrien und im Jemen ablehnen. Wir sind solidarisch mit den betroffenen Menschen in der Ukraine und im globalen Süden. Wir fordern einen Schuldenschnitt für die Ukraine und Schutz für alle Kriegsdienstverweigerer und Geflüchtete. In diesem Sinne werden wir in den nächsten Monaten mit verschiedenen friedenspolitischen Initiativen die Friedensbewegung stärken und den öffentlichen Druck auf die Bundesregierung für eine Abkehr von ihrem Aufrüstungs- und Militarisierungskurs erhöhen. Dabei werden wir aktiv Bündnispartner*innen wie z.B. IPPNW, Pax Christi, DFG-VK, attac, Netzwerk Friedenskooperative, medico international, VVN-BdA, die Informationsstelle Militarisierung, den Bundesausschuss Friedensratschlag, die Friedens- und Zukunftswerkstatt, die Naturfreunde, gewerkschaftliche und kirchliche Akteur*innen und andere einbeziehen.

Wir wollen als Partei, gemeinsam mit allen Genoss*innen, gegen Krieg und Aufrüstung aktiv werden. Wir werden dafür umfangreiche Materialien zur Verfügung stellen und entsprechende Aktionsangebote machen.

Wir wollen der Partei Raum geben für die Debatten zu Ursachen und Charakter des Krieges. Dabei sollen die unterschiedlichen Positionen zum Umgang mit Widersprüchen in der Friedensbewegung zur Sprache kommen und gemeinsam praktische Schritte diskutiert werden, dazu werden noch geeignete Formate entwickelt.

Termine:

01. Mai 2023

Auftakt Umverteilen Kampagne der LINKEN

- Zeitenwende für soziale Gerechtigkeit statt Aufrüstung

08. Mai 2023

Öffentlichkeitswirksame Aktion des PV (mit Bündnispartner:innen) zum Tag der Befreiung

- »Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus«

Juni / Juli 2023

Fachtagung »50. Jahrestag der KSZE-Akte« Beschluss 2023/359

- Den Frieden vorbereiten! Öffentlichkeitswirksame Debatte mit Expert:innen: »wie kann Friedensordnung in Europa in Zukunft aussehen«
- Evtl. gemeinsam mit Bündnispartner:innen

Juni / Juli 2023

Initiativen-Treffen zum Anti-Kriegs-Tag/ Weltfriedenstag

- Treffen von Verabredungen zu einem bundesweiten Aktionstag/Beratung über eine Demonstration am Weltfriedenstag

Juli / August

»Atomwaffen abrüsten« Aktionspakt zur Vorbereitung eines Aktionstages für die Kreisgliederungen

- Vorbereitung eines bundesweiten Aktionstags zum Hiroshima-Gedenktag
- Vorsitzende sind beim offiziellen Hiroshimagedenktag dabei

08. August 2023

Gedenktag Hiroshima

- möglicher Termin für einen bundesweiten Aktionstag
- Unterstützung dezentraler Gedenkveranstaltung

02. September 2023

Weltfriedenstag / Anti-Kriegs-Tag

- möglicher Termin für eine bundesweite Demo in Berlin wenn es Bereitschaft für ein Bündnis gibt

Zum Krieg in der Ukraine

Der erste Jahrestag des russischen Krieges gegen die Ukraine war Bundeskanzler Anlass zu einer Zwischenbilanz der von ihm ausgerufenen Zeitenwende im Bundestag.

Folgt man unterschiedlichen Angaben, haben bisher mindestens 200.000 ukrainische und russische Soldaten sowie etwa 10.000Zivilisten, darunter Frauen und Kinder, ihr Leben verloren. Jeden weiteren Kriegstag bezahlen mindestens 200 Menschen mit ihrem Leben. Jeden, der nachdenklich in den Tag geht, bedrückt die Frage, wann und wie wird das Sterben und Zerstören in der Ukraine eine Ende haben. Es geht noch um mehr. Russland und einige die Ukraine unterstützenden Staaten sind Atommächte. Noch nie war, wie Friedensforscher nachweisen, in den letzten Jahrzehnten die Gefahr eines den Erdball verbrennenden Atomkrieges so akut wie gegenwärtig.

Eine Positionierung der Bundesregierung dazu, wie Frieden und Sicherheit in Europa wieder herzustellen sind, ist überfällig. Die Tagung des Bundestages am 2. März 2023 mit einer Regierungserklärung des Bundeskanzlers Olaf Scholz wurde zu einer Zäsur. Der Bundeskanzler ließ den Bundestag wissen, dass die BRD, bezogen auf die EU, mit bisher 16 Milliarden € die größte humanitäre, ökonomische und militärische Unterstützung gewährt hat. Er versicherte der Ukraine, dass Deutschland, so lange sie es wünscht, politisch, ökonomisch, finanziell und ausdrücklich mit Lieferung von Militärtechnik an ihrer Seite stehen wird. Der Wunsch ukrainischer Politiker ist unüberhörbar. Mehr und schneller schwere Waffen, moderne Ausrüstungen und Munition für eine offensive Kriegsführung. Es geht längst um mehr als die Abwehr des russischen Angriffs.

Die Außenministerin Annalena Baerbock hat mehr als schlechthin eine Kriegs-Feststellung geäußert: „Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland.“ Das Ziel der Lieferung von Waffen an die Ukraine sowie der bereits zehnstufigen Sanktionen, de facto ein Wirtschaftskrieg, ist die „Ruinierung“ Russlands. Seitens des Bundeskanzlers sowie aus den Fraktionen der Ampelkoalition und der CDU/CSU wird dieser Kriegsrhetorik nicht widersprochen.

Olaf Scholz skizzierte einen Weg umfassender militärischer Aufrüstung: „Wir brauchen eine laufende Produktion von wichtigen Waffen, Geräten und Munition. Dazu sei eine industrielle Basis zu schaffen, die ihren Beitrag leistet zur Sicherung von Frieden und Freiheit in Europa. Verteidigungsminister Pistorius gibt dem Bundestag zur Kenntnis, dass die 100 Milliarden Sonderfond nicht ausreichen und dass etwa 4 % des Bruttoinlandsproduktes eingesetzt werden müssen, um die Bundeswehr so auszurüsten, dass Deutschland als Mitglied der NATO seiner globalen Verantwortung gerecht werden kann. Letzteres äußern der Bundeskanzler und der Verteidigungsminister natürlich in Kenntnis der Erklärung des NATO-Chefs Stoltenberg “dass man sich einig sei, dass die Ukraine Mitglied der NATO wird“. Derzeitig sei ihre Aufnahme ohne Kriegseintritt der Allianz jedoch nicht möglich.

Der von der Bundesregierung forcierten Politik der Eskalation des Krieges in der Ukraine und beschleunigter Aufrüstung stellte die linke Bundestagsfraktion einen Antrag „Verhandlungsinitiative zur Beendigung des Krieges der Russischen Föderation gegen die Ukraine“ entgegen. Sie fordert eine diplomatische Offensive für einen Waffenstillstand und anschließenden Friedensverhandlungen. Kernpunkte dieser von ARD, ZDF und anderen Medien ausgeblendeten Initiative sind unter anderem

- Verhinderung einer weiteren Eskalation
- Verstärkung humanitärer Hilfe
- Souveränität, territoriale Integrität und
- Sicherheit der Ukraine.

Im Mittelpunkt der Debatte stand die Auseinandersetzung der Fraktionen der SPD, Grünen, FDP, CDU/CSU mit linker Friedenspolitik. Folgerichtig wurde dem Antrag die Zustimmung versagt. Kriegsbefürworter sollten zur Kenntnis nehmen und die Friedensbewegung sich bestärkt fühlen, dass hochrangige Militärs zur Vernunft mahnen und für eine schnelle diplomatische Beendigung des Konflikts eintreten. Am Ende der Beratung der Ukraine-Kontaktgruppe in Ramstein im Januar 2023 äußerte der Vorsitzende des Vereinigten Generalstabes Mark A. Milley: „Dieser Krieg ist eine Katastrophe. Die Ukrainer werden die Invasoren kaum vertreiben können. Zu lang sei die Kriegsfront. Dieser Konflikt werde wie die meisten Kriege am Verhandlungstisch enden.“ Amerika kann in diesem Fall zurückhaltend sein, weil es keine unmittelbare Kriegspartei ist.

Bereits im Dezember legte er den Ukrainern nahe zu verhandeln, denn die Zeit vor der Frühjahrsoffensive schwinde.

Am 18. Januar gewährte der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzende des NATO-Militärausschusses General a.D. Harald Kujat der Schweizer Zeitschrift „Zeitgeschehen im Fokus“ ein Interview. Auf die Frage nach dem Kernproblem des Ukraine-Konflikts erklärte er: „Russland will verhindern, dass der geopolitische Rivale USA eine strategische Überlegenheit gewinnt, die Russlands Sicherheit gefährdet. Sei es durch Mitgliedschaft der Ukraine in der von den USA geführten NATO, durch Stationierung amerikanischer Truppen, Verlagerung militärischer Infrastruktur oder gemeinsamer NATO-Manöver.“ Zur momentanen Entwicklung in der Ukraine äußerte er „... je länger der Krieg dauert, desto schwieriger wird es, einen Verhandlungsfrieden zu erzielen. Eine Lösung wird immer schwieriger, aber sie ist noch nicht ausgeschlossen“. Der General a. D. äußerte sein Bedauern, dass die Verhandlungen, die im März 2022 in Istanbul geführt wurden, nach großen Fortschritten und einem durchaus positiven Ergebnis für die Ukraine abgebrochen wurden.“ Russland hatte sich bereit erklärt, seine Streitkräfte auf dem Stand von 23. Februar zurückzuziehen. Die Ukraine wollte sich verpflichten, auf eine NATO-Mitgliedschaft zu verzichten und keine Stationierung ausländischer militärischer Einrichtungen zuzulassen. Die Zukunft der besetzten Gebiete sollte diplomatisch unter Verzicht von Gewalt geklärt werden. Auch sollte die Ukraine Sicherheitsgarantien von Staaten ihrer Wahl erhalten.

Die Antwort Kujats auf die Frage, warum der Vertrag nicht zustande kam, lautet: „Nach zuverlässigen Informationen hat der damalige britische Premierminister Boris Johnson am 9. April in Kiew interveniert und eine Unterzeichnung verhindert. Seine Begründung war, „der Westen sei für ein Kriegsende nicht bereit“..

Dr. Horst Dahlmann

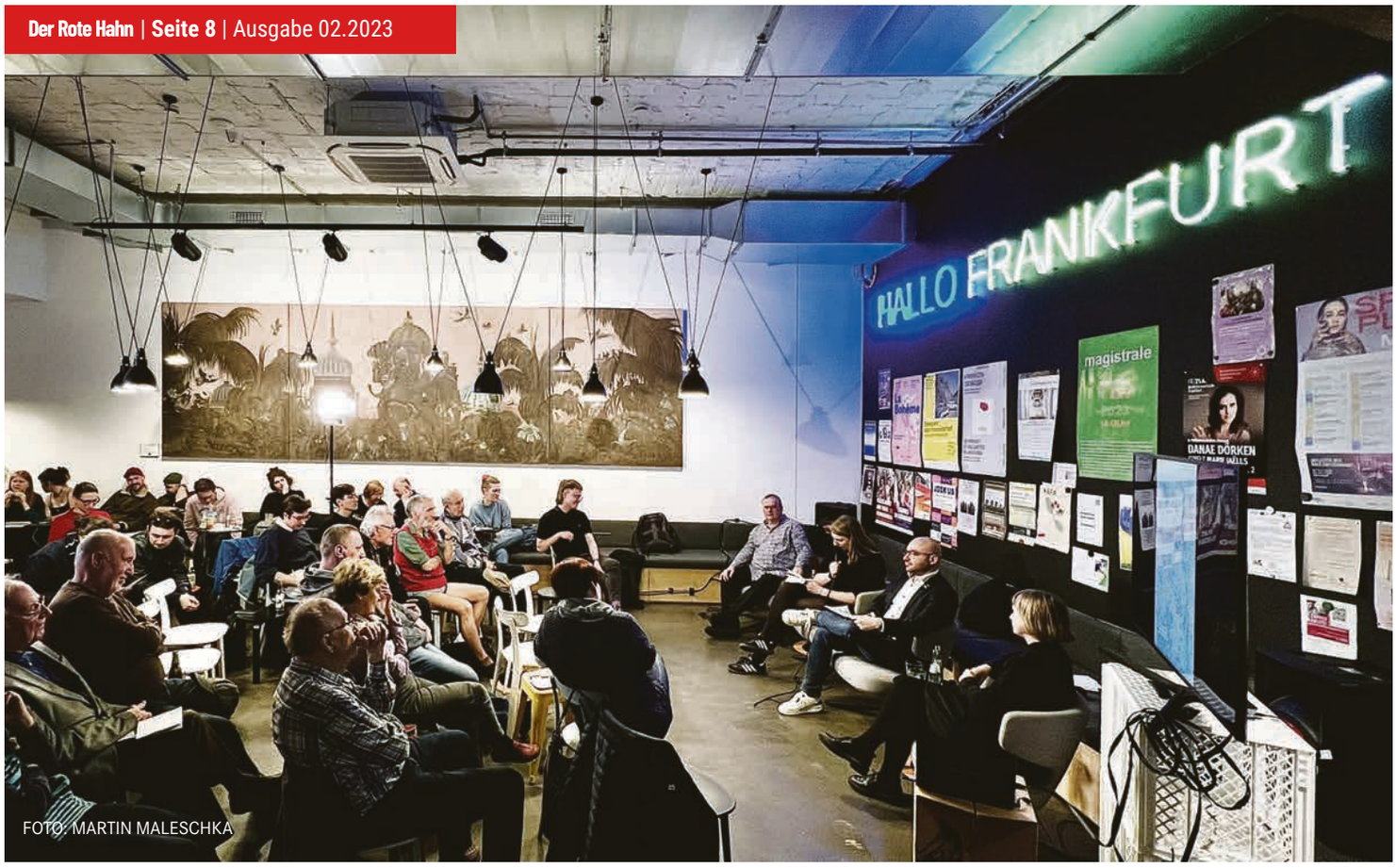


FOTO: MARTIN MALESCHKA

Mehr als Platte

Bericht von der Podiumsdiskussion der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und Linksfraktion im Brandenburger Landtag am 24.3.2023 im BLOK O unter dem Titel "Mehr als Platte! Städtebau der DDR und wie er unser Leben bis heute prägt"

Den Organisatorinnen und Organisatoren muss man ein großes Danke sagen. Die gute Beteiligung der Frankfurterinnen und Frankfurter hat gezeigt, dass wir uns die Plattenbauten nicht schlecht reden lassen.

Es war ja kein geringerer als Konrad Wachsmann, damals noch Bürger der USA, der unserer Stadt gelobt hat für die gelungene Nutzung des industriellen Bauens zur Lösung der Wohnungsfrage und zur Errichtung der Stadtkrone, wie er die Bebauung „Allende-Höhe“ und „Bruno-Petersberg“ nannte.

Das industrielle Bauen hatte das Bauen billiger und wesentlich schneller gemacht. Die Normiertheit der Bauelemente hat Variabilität zugelassen und den Ideenaustausch zwischen den Bezirken befördert. Wir konnten mit den Plattenbauten den Bedarf von Ein- bis Fünfraumwohnungen abdecken. Wir haben die soziale Durchmischung der Wohngebiete gewollt und mit Hilfe der Platte erreicht, was heute so kaum noch gelingt.

Ein zweiter Diskussionsschwerpunkt war die Fragestellung „Wie können wir die noch bestehenden Plattenbauten nutzen und sie unseren heutigen Bedürfnissen anpassen?“ Richtig war, dass der Wohnungsabriss 2018 gesptoppt wurde. Wir müssen konstatieren, dass Einraumwohnungen nicht mehr gefragt sind. Sie sind auch nur in den 5+11- geschossigen Punkthäusern im Angebot. Wie schon in Einzelfällen realisiert, sind Zusammenlegungen zu Mehrraum-Wohnungen machbar. Der Anspruch heute – mindestens Zwei-Raum bzw. 2 ½ Raum-Wohnungen. „Der größte Wohnwertgewinn würde mit dem Einbau von kleinen 3-Personen-Aufzügen in den Treppenaugen der Mehrgeschosser erreicht. Das würde besonders der älter werdenden Einwohnerschaft, genauso auch jungen Familien mit mehren Kindern helfen. Leerstand in den oberen Genossen gäbe es dann nicht mehr. Er beträgt gegenwärtig im Bestand der Wohnungswirtschaft (WoWi) 428 Wohnungen . Zum Wohnwert gehören aber auch gepflegte Fassaden und Balkonbrüstungen. Die beschichteten Brüstungselemente unserer P2-Bauten hatten eine Lebensdauer von 25 Jahren, aber einige von ihnen hängen heute noch ohne Nachbehandlung zum Beispiel an zwei Punkthäusern in der Rosa-Luxemburg-Straße (Taubendreieck). Beider Aufgaben sind wegen der geringen Investitionskraft unserer Wohnungsunternehmen nicht ohne Hilfe des Landes oder des Bundes zu realisieren. Drittens wird generell für den überkommenden Wohnungsbestand die Frage der Wärmedämmung diskutiert. Sie reicht nach den normativen Vorgaben für unsere P2-Plattenbauten aber aus.

Angesprochen wurde viertens die Notwendigkeit, unser Stadtzentrum (Magistrale und Scharrnstraße) neu zu organisieren und lebendiger zu machen. Dazu sollten auf alle Fälle Bürgerberatungen und Foren organisiert werden. Auf Weisung der Stadtverwaltung geht das nicht, sondern nur im Zusammenwirken vieler beteiligter und betroffener Menschen. Was nicht zum Programm, aber dennoch eine dringende und lebensnotwendige Aufgabe für unsere Stadt ist, dass wir unsere Stadt und ihr Umland auf die Anforderungen des Klimawandels vorbereiten beziehungsweise ausrichten.

Günther Wullekopf

Runder Tisch gegen Kinderarmut

4. Runder Tisch „Zukunfts- und Bildungschancen für Kinder“ schaut auf vier Jahre Engagement zurück und bespricht Aufgaben für die kommende Zeit

Was machen interessierte und engagierte Menschen in unserer Stadt an einem Samstag? Sie treffen sich, stecken die Köpfe zusammen und besprechen, wie die Situation von Kindern und Jugendlichen in Frankfurt (Oder) verbessert werden kann. So geschehen am 18. März 2023.

Zur Einstimmung wurde der Oderküken-Song eingespielt. Von Kindern in den vergangenen Sommerferien gemeinsam mit dem Frankfurter Musiker Thomas Strauch getextet, begeisterte er viele Menschen bei seiner Uraufführung am 20. September 2022 (Weltkindertag). 650 Frankfurter Schüler*innen aus fast allen Schulen waren zusammen gekommen und sangen klatschten und klopften mit Bechern „IHREN“ Song. Ich bekomme heute noch Gänsehaut, wenn ich mir das anschaue. (zu finden ist das Video unter: https://kurzelinks.de/Kindersong)

Unser Oberbürgermeister René Wilke zog zur Begrüßung eine kurze Bilanz. Vom 1. Runden Tisch über die beschlossene Kindercharta bis hin zu unterschiedlichen Ideen und Projekten. Einige davon konnten auch durch die finanzielle Unterstützung der Stadt umgesetzt werden.

Die Akteur:innen hatten sich für diesen Runden Tisch ausdrücklich Zeit für Begegnung und Austausch eingefordert. Der Experte für u.a. lokale Netzwerkentwicklung im sozialen und Bildungskontext Prof, Jörg Fischer aus Erfurt erläuterte neueste Erkenntnisse zu den Auswirkungen und Folgen der letzten drei Pandemie-Jahre auf Kinder und Jugendlichen. Beklemmend und erschreckend sind für mich hier insbesondere die extrem gestiegenen Zahlen an psychischen Erkrankungen vieler junger Menschen – Isolation und massive Beschränkungen des sozialen Lebens machen krank! Auch haben die vergangenen Jahre die Kinderarmutsquote in ganz Deutschland steigen lassen. Da sind die aktuellen Frankfurter Zahlen – die eine weiterhin leicht sinkende Kurve aufwiesen – eine besondere Ausnahme. Dennoch heißt das viel Handlungsbedarf im Interesse eines chancengerechten Aufwachsen. Nicht immer und nur ist das mit mehr Geld für Familien, Angebote und Projekte zu erreichen. Das ist in unserer Stadt allein nicht zu regeln. Wir können hier im Sinne der Frankfurter Kindercharta allen Kindern und Jugendlichen bestmögliche Lebens- und Entwicklungschancen bereiten. Dazu gehören vorurteilsfreie Haltung ebenso wie die Information zu allen Unterstützungsangeboten kompakt und möglichst aus einer Hand.

Prof. Fischer ist beeindruckt von dem anhaltenden Engagement vieler Mitstreiter*innen und machte den Anwesenden Mut. Wir sind eine der ganz wenigen Kommunen, die sich mit so viel Hingabe und Ernsthaftigkeit und Kontinuität dem Thema ‚Kampf gegen Kinderarmut‘ stellt.

Für die weitere Arbeit gab Prof. Fischer einige Fragestellungen zur Ausrichtungen und ggf. Konzentration auf konkrete Themenschwerpunkte mit auf den Weg. „Schauen Sie, wo und was sie wirklich beeinflussen und verändern können. Und wenn Sie an starren Strukturen und System nicht weiter kommen, nähern Sie sich über Inhalte.“ In kleinen Diskussionsrunden wurden diese und neue Ideen beraten und aufgeschrieben. In erster Linie geht es dabei um armutssensible und wohlwollende Haltung der Erwachsenen Kindern, Jugendlichen und ihren Familien gegenüber.

Ich bin auf die Debatte um Erkenntnisse und Schlussfolgerungen dieses 4. Runden Tisches gespannt. Mein Kopf jedenfalls ist voller Fragen, Anregungen und Ideen. Die Gremien müssen jetzt zügig zusammenkommen und die (Neu-)Ausrichtung unseres Engagements, unserer Arbeit beraten. Schnell brauchen die vielen Mitstreiter*innen dann Rückmeldung und die Einladung zum gemeinsamen Tun – für die Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt.

Übrigens: Ein großartiges Ergebnis gemeinsamen Engagements wird am 5. Mai für Kinder zu erleben sein: vom ‚Stammtisch Kindercharta‘ ist eine erste Kinderdisko organisiert worden. Gemeinsam mit Gleichaltrigen Musik hören, tanzen und Spaß haben wird für viele eine tolle erste Lebenserfahrung sein.

Sandra Seifert
Vorsitzende Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Frankfurt und Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses

Linksfraktion für Ausbau von Solarstrom auf Dachflächen

Die Rathausspitze hat sich gemäß Strategiepapier vom Sommer 2020 das Ziel gesetzt, Frankfurt bis 2050 klimaneutral zu machen. Ein Bestandteil, um dieses Ziel zu erreichen, besteht aus unserer Sicht im systematischen Ausbau von Photovoltaik-Anlagen (PV) auf städtischen Gebäuden und kommunalen Liegenschaften. Im Gegensatz zu PV-Freiflächen haben PV-Dächer den Vorteil, kaum in Konflikt mit anderen Nutzungen zu stehen.

Bereits jetzt werden im Rahmen von Interessenbekundungsverfahren städtische Dachflächen zur photovoltaischen Nutzung über Pachtverträge angeboten. Das Potential für Solarenergie ist angesichts der Dachflächen städtischer Gesellschaften und Beteiligungen jedoch noch viel größer. Denkbar ist beispielsweise eine systematische Zusammenarbeit zwischen den Stadtwerken und der Wohnungswirtschaft, um dort den Ausbau von PV-Anlagen voranzutreiben und – abhängig vom Geschäftsmodell – Mieterinnen und Mieter über eine Senkung der Betriebskosten perspektivisch direkt zu entlasten.

Wie hoch die Ausbauziele sind und ob ein definierter Ausbauplan nach Jahresscheiben besteht, ist bislang nicht bekannt. Dies wäre jedoch eine notwendige Grundlage, um die Ausbauziele jährlich zu überprüfen. Hierzu haben wir eine Anfrage im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Finanzen am 13.03.2023 gestellt. Die Antwort steht noch aus (Stand 20.03.2023).

Um die Eignung von Dachflächen zu prüfen, müssen Gutachten erstellt werden. Welche Förderprogramme zur Erstellung der Gutachten bestehen und wie hoch der zu leistende Eigenbetrag ist, muss die Verwaltung im Zuge einer Anfrage noch bekanntmachen.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Stadtverwaltung Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und weiteren Akteurinnen und Akteuren am Ausbau von PV-Anlagen schafft. Zu fragen ist, wie die Stadtverwaltung die bisherigen Erfahrungen der Stadtwerke Frankfurt (Oder) zum Programm „FF-SolarDach“ bewertet und welche Rückschlüsse sind daraus für eine denkbare Zusammenarbeit mit größeren Wohnungsgesellschaften ziehen lassen. „Das Prinzip von FF-SolarDach ist einfach: Für eine feste monatliche Gebühr können Sie den durch Ihre Photovoltaik-Anlage erzeugten Strom unbegrenzt nutzen. Und das, ohne die Solaranlage zu kaufen. Denn Anschaffung und Installation übernehmen wir. Auch für Instandsetzungen und alle notwendigen Reparaturen entstehen Ihnen keine zusätzlichen Kosten. So genießen Sie maximale technische und finanzielle Sicherheit“, schreiben die Stadtwerke diesbezüglich auf ihrer Internetseite.

Wir wollen, dass die Stadt Frankfurt stärker aus den Ausbau von Solarstrom setzt. Dabei soll das Potential von Solaranlagen auf städtischen Gebäuden und kommunalen Liegenschaften genutzt werden, um die Versorgungssicherheit mit günstiger Energie zu stärken. Ob und wie diese Ziele erreicht werden können, wird sich in den kommenden Ausschusssitzungen zeigen.

Stefan Kunath und
Jan Augustyniak
Stadtveordnete DIE LINKE

Die Zukunft der Stadtkrone

Ideen für die Dr.-Salvador-Allende-Höhe und den Pablo-Neruda-Block

FOTO: TOM BERTHOLD

Zuletzt kamen keine guten Nachrichten aus der Oberen Stadt. Von Massenschlägereien, Messerstechereien und einem Warnschuss, abgegeben von der Polizei, machte das Viertel von sich reden. Der Pablo-Neruda-Block und die Dr.-Salvador-Allende-Höhe sind die Stadtkrone, die alles überstrahlt, aber es ist keine Stadtkrone, die positiv ausstrahlt, kein Vorzeigeviertel, wie es vielleicht noch zu DDR-Zeiten war. Es ist an der Zeit, visionäre Ideen für das Viertel zu entwickeln. Eine Einladung zur Debatte.

Aus meiner Sicht fehlt vor allem die soziale Durchmischung im Quartier, sowohl was die Unterschiede zwischen arm und reich, als auch zwischen migrantisch und nicht-migrantisch betrifft. Dadurch fehlt es an Zusammenhalt und an Verantwortung für den gemeinsamen sozialen Raum, in dem sich alle wohl und sicher fühlen sollen. Das Problem der gefühlt immer stärker zunehmenden Anonymität sehe ich neben den verschiedenen Sprachen, die im Viertel gesprochen werden, vor allem im Überlebenskampf begründet, den viele Bewohnerinnen und Bewohner tagtäglich führen müssen. Dadurch geht der Blick für die Nachbarinnen und Nachbarn verloren.

Zu DDR-Zeiten waren die Hausgemeinschaften durch unterschiedliche Berufsgruppen geprägt. Das ist heute größtenteils verloren gegangen. Um wieder eine stärkere soziale Durchmischung im Quartier zu befördern, braucht es neue Wohnungsangebote. Denkbar wäre eine stärker experimentelle Gestaltung der oberen Etagen, beispielsweise mit Maisonette-Wohnungen oder Wohnungszusammenlegungen. Zugleich sollten bestehende Mieterinnen und Mieter durch Mietpreisbindung gehalten werden. Nötig ist hierzu ein Wohnungsbauförderprogramm von Land und Bund. Schließlich besteht das soziale Versprechen der Allende-Höhe und des Pablo-Neruda-Blocks darin, sich einen Oderblick leisten zu können, ohne vermögend zu sein. Auch die Nutzung der Dächer für Solarenergie könnte je nach Geschäftsmodell zur Senkung der Betriebskosten beitragen und sollte durch Wohnbau und Wohnungswirtschaft in Kooperation mit den Stadtwerken in Betracht gezogen werden.

Die Migrationssozialarbeit, die Sozialarbeit insgesamt, das Mikado, Miteinander Wohnen und die AG Nachbarschaft benötigen stärkere Unterstützung. Das Förderprogramm „Soziale Stadt“ steht hierfür zur Verfügung. Projekte sollten nicht über die Köpfe hinweg entschieden, sondern zusammen mit den Akteuren (weiter)entwickelt werden.

Im Rahmen der Uni-Stadt-Kooperation sollen Themen mit stadtpolitischer Relevanz erforscht werden. Die Studierenden, die Universität und die Stadtverwaltung möchte ich ermutigen, Fragen nach Interkulturalität, sozialem Zusammenhalt und Wohnformen künftig stärker in den Fokus zu nehmen. Die Obere Stadt bieten sich hierfür an.

Gleichzeitig ist es richtig, dass die Polizei Präsenz zeigt und Grenzen setzt, wo nötig. Eine Massenschlägerei mit einem Warnschuss, der abgegeben wird, ist nämlich eine ganz klare Grenzüberschreitung, die sich nicht wiederholen darf.

Angesichts der begrenzten Ressourcen der Stadt sind die Ideen im Wohnungsbau, der Sozialarbeit, der Solardächer, der Uni-Stadt-Kooperation und der öffentlichen Sicherheit für die Dr.-Salvador-Allende-Höhe und den Pablo-Neruda-Block ambitioniert, aber notwendig, um das Viertel zu verbessern. Eine stärkere soziale Durchmischung und eine positive Ausstrahlung auf die Stadt sind schließlich das Ziel. Ich bin überzeugt: Mit einer Kombination aus staatlicher Unterstützung, gesellschaftlichem Engagement und persönlichem Einsatz kann unsere Stadtkrone in Zukunft wieder für gute Nachrichten sorgen..

Stefan Kunath
Stadtverordneter DIE LINKE und
Co-Kreisvorsitzender DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Drohendes Krankenhaussterben verhindern

FOTO: TOM BERTHOLD

Die groß angekündigte Lauterbachsche Krankenhausreform führte mich am 09. März 2023 in das Klinikum in Frankfurt (Oder) und in das Krankenhaus Eisenhüttenstadt.

In den Gesprächen mit beiden Geschäftsführern wurde deutlich, das Reformvorhaben ist nicht mehr als ein schlechtes Stückwerk aus dem Hause Lauterbach. Dahinter versteckt sich ein Bettenabbauprogramm in Richtung der großen Kliniken, welches auch noch ohne Budgeterhöhungen durchgezogen werden soll.

Das Versprechen, dass Patientinnen und Patienten in medizinischen Notfällen an Krankenhäusern vor Ort künftig schneller und effektiver versorgt werden sollen, entpuppt sich als Luftnummer für Menschen nicht nur in Ostbrandenburg. Denn mit der Lauterbachschenreform werden wenigstens ¼ der Krankenhäuser in Brandenburg in finanzielle Schieflage kommen. Das ist für ein Flächenland mit weiten Wegen, wie es Brandenburg nun mal ist, keine gangbare Option, denn es entstehen so erhebliche Versorgungslücken. Krankenhäuser dürfen nicht mit wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden. Kleine und mittlere Krankenhäuser, wie Eisenhüttenstadt oder Guben dürfen durch diese Reform nicht in Schwierigkeiten geraten, weil sie nicht mehr ausfinanziert werden. Lauterbach hat längst den Pfad der Sozialfürsorge als Kernthema von sozialdemokratischer Politik verlassen, erst recht mit dem Infragestellen der Grund- und Regelversorgung in der Fläche. Wir müssen schon sehr laut die Frage stellen, was passiert, wenn Krankenhäuser wie Beeskow, Eisenhüttenstadt oder Guben zu sind? Denn nicht erst seit der Corona-Pandemie sehen wir, dass der Versorgungsauftrag für Krankenhäuser steigt und damit eben auch der Fachkräfte- und Bettenbedarf.

Christian Görke
Bundestagsabgeordneter für DIE LINKE
zuständig für Frankfurt (Oder)

Foto: Olaf Krostitz

Christian Görke
Bundestagsabgeordneter für DIE LINKE
zuständig für Frankfurt (Oder)
fb.me/ChristianGoerkeLINKE
twitter.com/goerke_c
instagram.com/christiangoerke62

Kontakt vor Ort:
Mitarbeiter Jan Augustyniak im Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)
Berliner Straße 38
15230 Frankfurt (Oder)
0335 / 869 508 31
christian.goerke.ma05@bundestag.de

Besuch im Olympiastützpunkt Frankfurt

Am 14. Februar besuchte Christian Görke als Mitglied des Sportausschusses des Bundestages den Olympiastützpunkt in Frankfurt (Oder). Im Gespräch mit dem Stützpunktleiter und Eigenbetriebsleiter des Sportzentrums Herr Lausch informierte sich der Abgeordnete über die aktuelle Situation im Sport sowie zu den Herausforderungen des OSP Brandenburg und des Eigenbetriebs Sport der Stadt Frankfurt (Oder).

Vor Ort macht sich der Bundestagsabgeordnete ein Bild davon, was aus den Projekten geworden ist, die er noch in seiner Zeit als Finanzminister auf den Weg gebracht hat. Er zeigte sich erfreut über die gelungenen Sportstättensanierungen, und zwar nicht nur für den Hochleistungssport, sondern auch im Amateur- und Freizeitbereich.

Doch nimmt Görke auch Aufgaben mit nach Berlin in den Bundestag, denn dem Eigenbetrieb Sport der Stadt Frankfurt (Oder) und somit auch dem Olympiastützpunkt, sind im Zuge der Energiekrise Zusatzkosten von 774.000 € entstanden. Dieser Mehraufwand wurde zunächst durch die Stadt Frankfurt (Oder) aufgefangen, damit die Arbeit am OSP weitergehen kann. Der Bund ist hier nach der Bundessportstättenförderung gefordert, schnellstmöglich der Stadt die Ausgaben zu anteilmäßig zu erstatten, so Görke.

Christian Görke

Denkanstöße

Wollen wir als Linke nur zuschauen oder raffen wir uns auf, für eine andere Welt zu kämpfen?

Die Menschheit und unser Planet Erde wird von Krisen geschüttelt, die meistens von Menschen verursacht werden. Viele Ökosysteme stehen vor dem Kollaps. Die Klimakrise hat ihren Kipppunkt wahrscheinlich bereits überschritten.

Die Menschen sind jetzt schon die Verursacher des 6. Massensterbens in der Geschichte dieses Planeten.

Experten des Zukunftsinstituts der Universität Oxford gaben an, dass mit 19 prozentiger Wahrscheinlichkeit die menschliche Spezies noch vor dem Ende unseres Jahrhunderts aussterben wird, also drei Generationen nach uns. Indigene Stämme Amerikas sind der Meinung, dass heutige Entscheidungen für sieben Generationen im Voraus bedacht werden müssen. Tun wir das?

Ursache der jetzigen negativen Entwicklung sind die herrschenden Gesellschaftsverhältnisse, die geprägt sind durch den Marktfetischismus und den Irrglauben des ewigen Wachstums. Der Kapitalismus führt Krieg gegen Mensch, Natur und Tier.

Klar ist, dass wir einen globalen Umbau unseres Wirtschaftens, unserer Produktions- und Lebensweise brauchen. Das muss lokal beginnen.

Das Ausmaß aller Krisen und Probleme erfordert Ehrlichkeit und Offenheit. Wir dürfen uns nicht selbst belügen.

Günther Wullekopf

Muss DIE LINKE sich neu erfinden?

In der Kolumne des nd DER TAG vom 14. März 23 schrieb der Politikwissenschaftler und Historiker Georg Fülberth: „Der Kernbestand der Linken ist [..] ausverkauft, kann durch nichts anderes ersetzt werden, muss neu erarbeitet werden.“ Mit Kernbestand meint er die drei Kompetenzbereiche die die PDS und ab 2007 DIE LINKE hatten: Ostdeutschland, die soziale Frage und den Frieden. Was Ostdeutschland betrifft, wird seit 2013 die AfD von vielen Menschen als „ihre Lieblingsanwältin“ angesehen. „PDS und Linke galten [bis dahin, Vf.] als Vertreterinnen nicht wegen, sondern trotz ihrer sozialistischen Orientierung.“ Sozialpolitisch wird mittlerweile der SPD wieder mehr zu getraut, deren Bundesarbeitsminister Hubertus Heil einen Mindestlohn von 12 Euro durchsetzte. Und im dritten Kompetenzbereich: Krieg und Frieden, gilt seit dem 27. Februar 22, dem Tag an dem Bundeskanzler Scholz im Bundestag die „Zeitenwende“ verkündete, „die AfD für die öffentliche Wahrnehmung in höherem Maße als die Partei der ostpolitischen Vernunft als DIE LINKE.“ Alice Weidel wies damals als einzige Abgeordnete auf die Umtriebe der NATO hin. Von der Linksfraktion kam nichts dazu.

Alles in allen kein gutes Zeugnis welches uns da ausgestellt wird. Aber wenn wir ehrlich sind, hat Fülberth mit seiner Einschätzung recht. Bereits im Januar 2022 hatte der kürzlich verstorbene Hans Modrow in seinem Brief an die damaligen Parteivorsitzenden geschrieben: „Die Partei DIE LINKE [...] befindet sich in einer kritischen Situation. Diese entstand nicht erst durch das desaströse Resultat der letzten Bundestagswahl.“ und gefordert, „dass nach einer krachenden Niederlage alles auf den Prüfstand gestellt werden muss.“ Dies ist bis heute nicht wirklich geschehen. Im Gegenteil, die Situation in der Partei hat sich nach dem Erfurter Parteitag weiter verschärft. Darüber kann auch die „Leipziger Erklärung“ nicht hinwegtäuschen. Die Gefahr einer Spaltung wird immer größer. In einem ZDFheute-Interview am 18.03. antwortete Sahra Wagenknecht auf die Frage zur Neugründung einer Partei: „Ich gehe davon aus, dass innerhalb des nächsten Dreivierteljahres die Entscheidungen fallen. Bis Ende des Jahres muss klar sein, wie es weitergeht.“

Nun können wir abwarten was in dieser Hinsicht passiert und auf die Probleme die die Partei auf Bundesebene hat verweisen. Nur diese Probleme auf Bundesebene, dass sind unser aller Probleme, zumindest von denjenigen die in der Partei DIE LINKE weiter ihre politische Heimat sehen. Es ist an der Zeit, dass die Vorstände auf allen drei Ebenen endlich ihre Hausaufgaben machen. Für unsere Ebene bedeutet dies, im Sinne von Hans Modrow alles auf den Prüfstand zu stellen, unsere außerparlamentarische Arbeit und die Arbeit der Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung. Wir brauchen Klarheit darüber, welchen Gebrauchswert wir den Menschen zukünftig bieten wollen – im Sinne unseres Parteiprogramms. Insofern muss sich DIE LINKE vor Ort neu erfinden.

Michael Große

Ernsthafte Diskussion zum Frauentag

Frauentag, Freude, Fröhlichkeit – die Feier in der Geschäftsstelle am Nachmittag des 8. März bot die Gelegenheit, sich endlich wieder einmal zu treffen, Meinungen über den Krieg in der Ukraine, über die Inflation und ihre Folgen auszutauschen. Den Ernst der sozialen Lage in Frankfurt verdeutlichte Genosse Joachim Wawczyniak mit konkreten Zahlen und Fakten, u.a. zur Bildung und Ausbildung, zur Einkommenslage, zur Kinderarmut, zur Mietentwicklung, zu den Energiepreisen usw. Die Anwesenden waren sich einig, dass die Partei DIE LINKE endlich auf all ihren Ebenen diese Probleme aufgreifen, die konkrete Situation bekannt machen und zusammen mit den Gewerkschaften und anderen fortschrittlichen Kräften deutlich sichtbar für Veränderungen kämpfen muss. Dafür sind jetzt vielfältige Aktivitäten in den BO, in der Fraktion, in den AG und den anderen Formen gemeinsamen Wirkens in unserem Kreisverband notwendig. Persönliche Ressentiments, Rechthaberei und Besserwisserei müssten zurücktreten und ein solidarisches Miteinander wieder bestimmend werden, war auch ein wichtiger Punkt in der Diskussion.

Die überaus lebhafte Diskussion zeigte, dass es einen großen Gesprächsbedarf gibt zu den gegenwärtigen politischen Problemen und auch die Bereitschaft, nach Kräften mitzutun.

Unser Kreisvorsitzender Genosse Stefan Kunath, der zusammen mit der Kreisvorsitzenden Genossin Anja Kreisel zu dieser Feier eingeladen hatte, sowie die beiden Fraktionsmitglieder Genossin Annelie Böttcher und Genosse Joachim Wawrzyniak werden dieses Ansinnen gern aufgreifen

Sonnhild Grünberg

FOTO: TOM BERTHOLD

Wie weiter mit der Helene?

Die Deutsch–Polnische Seniorenakademie lud zum Vortrag und zur Gesprächsrunde ein

Am 14.03.2023 konnten die Koordinatorin Frau Aneta Szczesniewicz und der Vorsitzende der Seniorenakademie Erik Rohrbach etwa 100 Zuhörerinnen und Zuhörer im Bolfrashaus begrüßen.

Oberbürgermeister René Wilke referierte zu den Perspektiven der „Kleinen Ostsee“ und kam anschließend mit den Besucherinnen und Besuchern ins Gespräch.

Zu Beginn ordnete der Oberbürgermeister in seinem Vortrag das Thema in den größeren Zusammenhang ein, was aus Frankfurt werden könnte, nachdem die Stadt nicht den Zuschlag für das europäische Transformations- und Zukunftszentrum bekommen hat. Mit dem Fokus auf Europa gerichtet habe Frankfurt eine überzeugende Bewerbung abgegeben. Nun liegt die Erwartung darauf, dass Halle an der Saale als Gewinnerin den europäischen Gedanken ebenfalls konsequent verfolgt.

Im Folgenden machte der Oberbürgermeister anhand von vier Punkten Mut, dass Frankfurt zusammen mit Słubice als Doppelstadt trotzdem viel für die Zukunft gewonnen habe und dass es sich lohne, daran anzuknüpfen und fortzusetzen.

- Da sei zuallererst das engagierte, zielgerichtete gemeinschaftliche Handeln der Bürgerschaft und der Stadtverwaltung zu nennen. Die Kraft und Energie gelte es zu erhalten und weiterzuführen.

- Desweiteren habe es ein unerwartet großes Maß an Zustimmung, Unterstützung und Kooperation aus der Region, aus dem Land, aus den Ländern Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, von polnischen Städten und Woiwodschaften, von den Partnerstädten, von in- und ausländischen Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtunge und, von den im Netzwerk vereinten europäischer Doppelstädten gegeben.

- Es gab eine hervorragende, zukunftsorientierte Zusammenarbeit mit der Europa-Universität und ein erfreuliches Engagement der Studierendenschaft.

- Die Bewerbung führte zu einem deutlich gewachsenen Bekanntheitsgrad der Stadt im In- und Ausland.

Durch die Bewerbung wuchsen Frankfurt (Oder) und Słubice als europäische Doppelstadt weiter zusammen, so der Oberbürgermeister. Er würdigte das langjährige Wirken der Deutsch–Polnischen Seniorenakademie in diesem Prozess. Es gebe Gespräche für neue Projekte.

Daran anschließend listete das Stadtoberhaupt eine Vielzahl von Aktivitäten auf, an denen es sich zeigt, dass Frankfurt auf einem guten Weg in die Zukunft ist - auch ohne das

erhoffte Transformations- und Zukunftszentrum.

In dieses Umfeld ordnete er ein, wie es mit der Helene weitergeht. Die Sperrung des gesamten Uferbereichs, die durch die LBGR angeordnet wurde, war und ist unumgänglich, weil die Situation dort potenziell lebensgefährlich ist. Die Stadt als formale Eigentümerin und die Helenesee AG als Pächterin können an der Sperrung nichts ändern.

Zur Zeit erfolgen Standuntersuchungen durch eine externe Spezialfirma. Wenn diese Untersuchungen im Laufe des Jahres abgeschlossen sind und das Gutachten vorliegt, kann die Planung für die Sanierung beginnen. Viel komplizierter stellte sich in der Vergangenheit die Klärung der Verantwortlichkeit und damit die Absicherung der Finanzierung dar, erläuterte der Oberbürgermeister. Langwierige Verhandlungen mit dem Land und der Druck der Stadtgesellschaft haben den Durchbruch dahingehend erreicht, dass das Land die Untersuchungen finanziert und in Folge auch selbst Interesse an einer erfolgreichen Lösung hat. Auf eine Frage aus dem Publikum nach dem zeitlichen Ablauf antwortete René Wilke, dass es je nach den Ergebnissen, unterschiedliche Lösungen geben wird. Bei einem mittleren Szenario könne man von fünf Jahren ausgehen. Aber wer weiß? Die gesamte Sperrung bezieht auch den Weststrand deshalb mit ein, weil die damalige Sanierung nicht mehr den heutigen Erkenntnissen, technischen Möglichkeiten und Regelungen entspricht.

In der folgenden Gesprächsrunde wurde rege z. B. zur Frage diskutiert, ob die Sperrung verhältnismäßig sei, denn sie schränke die Lebensqualität erheblich ein. Dass es eine solche Einschränkung gibt, wurde bestätigt, gewichtiger sei aber die Sicherheit, die selbst eine Lebensqualität sei. Eine Zuhörerin beschrieb eindringlich, wie gefährlich sich der Zustand unter Wasser darstellt, den sie als Taucherin mit eigenen Augen sehen und real einschätzen kann. Sie und andere rieten ebenfalls aus Sicherheitsgründen davon ab, den Katjasee als Badegelegenheit zu nutzen.

Trotz der unerfreulichen Situation für die Frankfurterinnen und Frankfurter können alle die Anlagen als auch die Umgebung zu Erholung und Sport nutzen, wofür der Oberbürgermeister warb. Es werden wieder Veranstaltungen stattfinden, für die Kinder wird es wieder ein Planschbecken geben und vieles andere mehr. Das Euro-Camp baut sein Angebot aus. Die Situation sei widrig für die Badelustigen, für die Bungalowbesitzer und Camper, katastrophal für die Betreiber. Trotzdem unternehmen sie alle viel, damit es weitergeht an der Helene, damit das jetzige Angebot für Erholung und Sport für dieses Jahr und die nächsten Jahre erhalten bleibt und ausgebaut wird.

Im Anschluss an den Vortrag wurden die Möglichkeiten der Nutzung und die zukünftigen Projekte des Euro-Camps vorgestellt und die vielfältigen Möglichkeiten, sich durch Wandern und Radfahren das Gebiet rund um den See sowie die Doppelstadt zu erschließen.

Sonnhild Grünberg

Überraschung zum 90.

FOTO: ANDREAS ZACHARIAS

Genossin Ruth Walter ist bekannt für ihre jahrelange aktive Solidarität mit Kuba; egal, ob es dabei um regelmäßige Spenden oder um politische Aufklärung geht. Bemerkenswert, was in ihrem Alter noch so machbar ist!

Während ihrer Geburtstagsfeier zum 90. in der Geschäftsstelle der Linkspartei wurde sie ganz besonders überrascht:

Wolfgang Frotscher und Christel Radeske von der Frankfurter Regionalgruppe von Cuba Sí überbrachten der Jubilarin ein Glückwunsch- und Dankschreiben der kubanischen Botschaft. - Ihr Erstaunen und ihre „Sprachlosigkeit“ sind nicht zu übersehen...

Wolfgang Frotscher

Leserbrief

„DIE LINKE muss Teil der Friedensbewegung werden“

Zu „Ein Jahr Ampelkoalition – Krisenpolitik auf dem Rücken der Mehrheit“ von H. Dahlmann in Der Rote Hahn, 01.2023, S. 1/4

Horst Dahlmann fixiert die wesentlichen Ziele der Friedensbewegung mit der Forderung nach Waffenstillstand in der Ukraine, Diplomatie und Verhandlungen statt weiterer Konfrontationspolitik sowie die Beendigung der Hochrüstung. Die sich daraus ergebende Frage ist aber, welche Rolle nimmt DIE LINKE hierbei ein. Leider muss man konstatieren, dass diese ihren Verpflichtungen aus dem Erfurter Parteiprogramm nur unzureichend nachkommt. Laut diesem sollen z.B. Rüstungsexporte verboten und jede Kriegs- in eine friedliche Außen- und Sicherheitspolitik umgekehrt werden. Die EU solle eine Vorreiterrolle bei der zivilen Konfliktprävention einnehmen. All diese hehren Ziele wurden in den vergangenen 12 Jahren vernachlässigt oder sogar in ihr Gegenteil verkehrt. Hinzu kommt, dass die Partei fast hoffnungslos zerstritten ist. Ihr Masseneinfluss sinkt rapide. Warnende Parteistimmen werden unterdrückt oder diffamiert. Dies zeigt sich insbesondere im Umgang mit Sahra Wagenknecht. Ihr mit Alice Schwarzer verfasstes „Manifest für den Frieden“ wurde vom Parteivorstand in Misskredit gebracht, auch der Großdemonstration am 25.2. in Berlin zur Unterstützung des ukrainischen Volkes gegen den Aggressor und für einen Waffenstillstand, notwendige Friedensverhandlungen und zur Abwendung der ansonsten drohenden Weltkriegsgefahr jede Unterstützung versagt. Dass sich davon aber Tausende Friedensfreunde und auch Parteimitglieder nicht beirren ließen, bewiesen sie durch ihre Unterschrift unter dem Manifest – das inzwischen mehr als 740.000 Unterzeichnungen aufweist – und durch ihre zehntausendfache Teilnahme an der eindrucksvollen Großdemonstration. Dem wäre vielleicht hinzuzufügen, dass die derzeit wohl nur noch verbleibende Chance für den Fortbestand der Partei darin bestehen dürfte, sich geschlossen der Friedensbewegung anzuschließen und hierbei als Partei eine Führungsposition zu übernehmen. Ein Hoffnungsschimmer flackerte jüngst auf, denn Martin Schirdewan wirbt nun dafür, dass seine Partei die bevorstehenden Ostermärsche und die Friedensbewegung unterstützen und sie zu einem Friedensvorschlag einladen werde.

Volker Link

Leserbriefe sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Wir behalten uns das Recht vor, sie sinnwahrend zu kürzen.

Linkes Team zum Generationen-Lauf gesucht

Am 25.05.2023 finden wieder die Zeitläufe und der „Lauf der Generationen“ für den „Power Greene 2023“ statt. Die beliebten Spendenläufe, organisiert vom Rotary Club Frankfurt an der Oder und der Bürgerinitiative Lennépark, sammeln diesmal für ein Outdoor-Fitnessgerät im Lennépark ein.

Auch wir wollen mit einem möglichst großen Team am „Lauf der Generationen“ teilnehmen und suchen dafür noch Mitstreiterinnen und Mitstreiter.

Der „Lauf der Generationen“ verläuft über frei wählbare Distanzen und ohne Zeitnahme. Alle Teilnehmer:innen werden im Abschluss mit einem kleinen Teilnahmepräsent geehrt.

Wer möchte ein Mitglied unseres Teams werden?

Meldet Euch bis zum 15.05.2023 per Mail (geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de) oder telefonisch in der Geschäftsstelle und wir nehmen eine Gesamtanmeldung vor. Die Startgebühr beträgt 2,50 € pro Person. Tragt am Veranstaltungstag gern etwas Rotes, damit wir als Team erkennbar sind. Wir treffen uns dann am 25.05.2023 um 16:30 Uhr im Startbereich, Höhe Restaurant „Diebels“, und laufen zusammen mindestens eine Runde.

Anja Kreisel
Co-Kreisvorsitzende DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

LINKE Sozialberatung

Wir kämpfen als LINKE seit Jahren für eine sanktionsfreie Mindestsicherung, hohe Löhne, gute Arbeitsbedingungen und eine gerechtere Besteuerung, bei der Arme entlastet und Reiche mehr zur Kasse gebeten werden.

Solange wir das noch nicht erreicht haben, ist praktische Hilfe für alle Menschen wichtig, die gerade Schwierigkeiten haben um die Runden zu kommen und größtenteils im Stich gelassen werden. Viele Menschen mit geringem Einkommen sind anspruchsberechtigt, auch ohne Hartz IV!

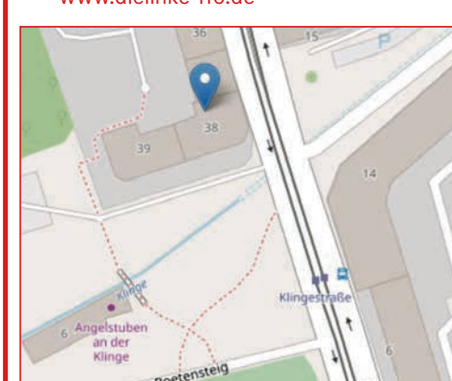
Beratungsangebot zu Arbeitslosengeld I und II, Mindestsicherung im Alter und weiterem, Begleitung zum Jobcenter.

Freitags von 10:15 bis 13:00 Uhr
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
Berliner Straße 38
15230 Frankfurt (Oder)

E-Mail: joachim.wawrzyniak@dielinke-ffo.de

Telefonische Beratung erhalten Sie bei Joachim Wawrzyniak unter: 0152 02031077.

Weitere Informationen gibt auf www.dielinke-ffo.de



29. Brandenburgischen Seniorenwoche

Die 29. Brandenburgische Seniorenwoche findet im Zeitraum vom 04. Juni 2023 bis 11. Juni 2023 statt. Im Rahmen dieser Woche lädt die AG Seniorinnen & Senioren zu einer **Diskussion zum Thema „Altersarmut, Rente und Wohngeld“ mit Bettina Fortunato (Mitglied des Landtages)** ein.

Wann?
31. Mai 2023, 14:00 Uhr,

Wo?
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
Berliner Straße 38
15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
01. Mai 2023, 11:00 bis 18:00 Uhr
"Jetzt wird umverteilt!" - LINKES Politzentrum auf dem Brückenfest
Holzmarkt, 15230 Frankfurt (Oder)

AG Geschichte der LINKEN Frankfurt (Oder)
02. Mai 2023, 18:00 Uhr
Treffen der Arbeitsgruppe
Geschäftsstelle der LINKEN
Berliner Straße 38, 15230 Frankfurt (Oder)
weiteres Treffen: 06. Juni (selbe Zeit & Ort)

Fraktion DIE LINKE. / BI Stadtumbau in der SVV
04. Mai 2023, 18:00 Uhr
Fraktionssitzung
Oderturm in der 9. Etage / Raum Heilbronn
Logenstraße 8, 15230 Frankfurt (Oder)
weitere Treffen: 11.05., 23.05., 08.06., 15.06., 22.06., 29.06. (selbe Zeit & Ort)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
06. Mai 2023, ab 10:00 Uhr
LINKER Stand auf dem cityFLOHMARKT
Magistrale nähe Brunnenplatz, 15230 Frankfurt (Oder)
weitere: 03.06. und 01.07. (selbe Zeit & Ort)

VVN-BdA und weitere
08. Mai 2023, 17:00 Uhr
Stilles Gedenken am Sowjetischen Ehrenmal anlässlich des Tages der Befreiung vom Hitlerfaschismus
Anger, 15230 Frankfurt (Oder)
im Anschluss:
Demo durch Stadtmitte unter dem Motto: "Nie wieder! Gedenktag gegen Faschismus"
gegen 18:00 Uhr: Marktplatz, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
10. Mai 2023, 19:00 Uhr
"Rosen auf den Weg gestreut" - Bücherlesung zur Erinnerung an die nationalsozialistischen Bücherverbrennungen
Kulturmanufaktur Gerstenberg
Ziegelstr. 28a, 15230 Frankfurt (Oder)

Cuba sí Regionalgruppe Frankfurt (Oder)
10. Mai 2023, 19:00 Uhr
Treffen der Regionalgruppe
Havanna-Bar
Am Graben 4, 15230 Frankfurt (Oder)
weiteres Treffen: 14. Juni (selbe Zeit & Ort)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
17. Mai 2023, 18:00 bis 20:00 Uhr
Kreisvorstandssitzung
Geschäftsstelle der LINKEN
Berliner Straße 38, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
24. Mai 2023, 15:00 Uhr
Beratung der Sprecher:innen der BOs und AGs
Geschäftsstelle der LINKEN
Berliner Straße 38, 15230 Frankfurt (Oder)

AG Senior:innen in der LINKEN Frankfurt (Oder)
31. Mai 2023, 14:00 Uhr
Altersarmut, Rente und Wohngeld - Diskussion im Rahmen der 29. Seniorenwoche
Gast: Bettina Fortunato, LINKE Landtagsabgeordnete und Sprecherin für Seniorenpolitik
Geschäftsstelle der LINKEN
Berliner Straße 38, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
05. Juni 2023, 15:00 Uhr
Themencafé: Bildung - Kita, Schule, Digitalisierung
Geschäftsstelle der LINKEN
Berliner Straße 38, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
07. Juni 2023, 18:00 bis 20:00 Uhr
Kreisvorstandssitzung
Geschäftsstelle der LINKEN
Berliner Straße 38, 15230 Frankfurt (Oder)

DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
28. Juni 2023, 18:00 bis 20:00 Uhr
Kreisvorstandssitzung
Geschäftsstelle der LINKEN
Berliner Straße 38, 15230 Frankfurt (Oder)

Öffnungszeiten der Kreisgeschäftsstelle

Dienstag 10:00 – 18:00 Uhr
(13:00 Uhr - 16:00 Uhr Kassenzeit)
Donnerstag 09:00 - 10:00 Uhr
Freitag 10:00 – 13:00 Uhr
(Sozialberatung, außer 26.05., 02.06., 16.06., 23.06.)

Außerhalb dieser Öffnungszeiten ist die Geschäftsstelle jederzeit per E-Mail unter geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de und per Telefon unter 0335 / 400 20 47 erreichbar.

IMPRESSUM
Der Rote Hahn
Informationsblatt der
Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)

Kontakt:
der-rote-hahn@dielinke-ffo.de

Beiträge, Bilder und Termine bitte ausschließlich an diese Email-Adresse senden!

Wir behalten uns vor, Beiträge sinngemäß zu kürzen. Für unverlangt eingesandte Beiträge und Bilder, übernehmen wir keine Haftung. Nachdrucke einzelner Artikel oder der gesamten Ausgabe bedürfen keiner Genehmigung, um eine Quellenangabe wird jedoch gebeten.

Herausgeber
Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
Kreisvorsitzende Anja Kreisel & Stefan Kunath
Berliner Straße 38
15230 Frankfurt (Oder)

(0335) 4002047
geschaeftsstelle@dielinke-ffo.de
http://gleft.de/45M
https://www.dielinke-ffo.de/der-rote-hahn
https://facebook.com/dielinkeffo
https://instagram.com/dielinke_frankfurtoder

AG Der Rote Hahn
Anja Kreisel (Leitung) (anja.kreisel@dielinke-ffo.de)
Michael Große, **Sonnhild Grünberg**, **Elke Thiele**, **Joachim Wawrzyniak**
Satz und Druck: **Tom Berthold**

Spendenkonto:
Kontoinhaberin:
DIE LINKE. Frankfurt (Oder)
IBAN: **DE73 1705 5050 3200 6168 99**
BIC: **WELADED1LOS**
bei der **Sparkasse Oder-Spree**
Kennwort: **Spende Der Rote Hahn**

Auflage: 1.000
Nächster Erscheinungstermin: 11. Juli 2023
Einsendeschluss nächste Ausgabe: 28. Mai 2023

www.dielinke-ffo.de